

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

WESTEUROPA

(1) Neuer Missionschef Pekings in Bonn

Wang Shu, neuer außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der VR China in der Bundesrepublik, überreichte am 17. September dem Bundespräsidenten sein Beglaubigungsschreiben (NCNA, 17.9.74). Der neue Missionschef war jahrelang bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR China im Oktober 1972 Hsinhua-Korrespondent, sodann Geschäftsträger Pekings und jetzt, nachdem der bisherige Botschafter Wang Yü-t'ien aus Krankheitsgründen in die VR China zurückgekehrt war, Botschafter geworden.

In einer kurzen Ansprache stellte der Bundespräsident fest, daß sich die Beziehungen zwischen Bonn und Peking seit ihrer Aufnahme vor zwei Jahren günstig entwickelt hätten. Beide Länder hätten ein Beispiel dafür gegeben, daß auch Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen "zum gegenseitigen Nutzen" zusammenarbeiten können.

Wang Shu war ursprünglich Mittelschullehrer, später Auslandskorrespondent in Afrika und Asien, dann Chefkorrespondent des Bonner Büros der Hsinhua und leitete die Vorbereitungen für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen Chinas zur Bundesrepublik. Danach arbeitete Wang, in den diplomatischen Dienst übernommen, als Botschaftsrat und Geschäftsträger in Bonn.

(2) Portugiesischer Außenminister über Macao und Beziehungen zu China

Vor seiner Abreise zur UN-Vollversammlung gab Portugals Außenminister Mario Soares am 15.9. ein Interview, das auch die Beziehungen zu China berührte (SWB, 17.9.74). Er stellte fest, die Position Chinas, die er nicht für fehlerhaft halte, sei gewesen: Peking habe keine Bereitschaft gezeigt, diplomatische Beziehungen zu Portugal aufzunehmen, solange Portugal keinen Beweis dafür geben wolle, daß es den Dekolonisierungsprozeß eingeleitet bzw. beschleunigt habe. "Da wir große Bemühungen in dieser Richtung unternommen haben, habe ich das Gefühl, daß die Bedingungen für die Aufnahme von Kontakten und für die Normalisierung sich einzustellen beginnen". Hinsichtlich Macaos erklärte der Außenminister, daß man in Portugal Macao nicht als eine Kolonie betrachte, sondern eher als einen Handelsposten. Selbstverständlich müsse über den Status von Macao zwischen den beiden interessierten Seiten Portugal und China verhandelt werden. Er habe das Gefühl, daß es gute Gründe dafür gebe, daß

beide Seiten eine gute Verständigung hinsichtlich des Macao-Problems finden könnten. Radio Lissabon vom 15.9. berichtete darüber hinaus, daß Portugal als ein Zeichen 150 der 500 Mann starken Garnison zurückgezogen habe, und daß weitere 200 Mann dieser Truppe in der anschließenden Woche ebenfalls in die Heimat zurückkehrten.

Gleichlautende Angaben machte der portugiesische Überseeminister: Portugal wolle erst nach Gesprächen mit der VR China über die Zukunft seiner Überseebesitzung Macao entscheiden. Portugal erkenne zwar das Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit aller seiner Kolonien an, doch sei Macao ein Sonderfall (FAZ, 15.9.74).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(3) Sinosowjetischer Disput über Sikkim

Die im indischen Parlament eingebrachte Vorlage zur Änderung der indischen Verfassung, wonach Sikkim in einen "assozierten Staat" umgewandelt werden soll, ist Gegenstand einer heftigen sino-sowjetischen Pressefehde geworden. Die vom indischen Außenminister eingebrachte Verfassungsänderung, nach der Sikkim als assoziierter Staat in der Volkskammer und in der Länderkammer des indischen Parlaments je einen Abgeordneten erhält und in die indische Wirtschaftsplanung einbezogen wird, wurde nicht nur von der regierenden Kongreßpartei, sondern auch von den meisten Oppositionsparteien einschließlich der moskautreuen Kommunisten begrüßt (SZ, 4.9.74). Sikkims Chogyal (König) hat versucht, persönlich Beschwerde bei Indira Gandhi in Delhi einzulegen. Das Parlament von Sikkim entkleidete kürzlich durch eine Änderung der Verfassung den König seiner nahezu absoluten Vollmachten, degradierte ihn zu einem rein repräsentativen Staatsoberhaupt und sprach sich für engere Bindungen an Indien aus. Der König hatte bereits vorher dagegen in zwei Protestnoten an Indien erklärt, Indien wolle Sikkim ohne Befragung seines Volkes anneklieren. Das verstoße gegen den Vertrag von 1950, der Sikkim zu einem indischen Protektorat machte, ihm jedoch seine innere Autonomie beließ. Die Ministerpräsidentin ließ den Protest unbeachtet.

Der chinesische Kommentar zu diesen Vorgängen ist zugleich eine Attacke auf die Sowjetunion. Indiens als Ergänzung zur Verfassung verkündete "unverschämte Deklaration", daß Sikkim als Teil Indiens angesehen werde, sei von der internationalen Öffentlichkeit scharf verurteilt worden. Wörtlich lautet die VR-Einschätzung der Situation: "Nach Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahre 1947 hängte Indien sich den Mantel der britischen Imperialisten um, erklärte es, Sikkim 'zu schützen' und zwang es Sikkim, ein 'Abkommen über die Erhaltung des Status quo' zu unterzeichnen. Im August 1968, als die Bevölkerung Sikkims demonstrierte und die Unabhängigkeit verlangte, verschärfte die von Panik erfaßten indischen Behörden unverzüglich ihre Kontrolle über Sikkim. Unter

dem Vorwand, Sikkim befinde sich 'im Aufruhr', entsandte die indische Regierung im April 1973 Truppen nach der Hauptstadt Sikkims zum Zweck der gewaltsamen Übernahme aller Rechte der Regierung Sikkims. Im Juni des Jahres bedienten sich die indischen Behörden proindischer Kräfte in Sikkim, die von ihnen selbst gefördert worden waren, um im Parlament von Sikkim eine 'Verfassung' durchzubringen, mit der die Voraussetzungen für die indische Annexion geschaffen wurden. Jetzt hat Indien trotz des heftigen Widerstandes der Bevölkerung Sikkims dieses als 'Teil Indiens' bezeichnet und offen versucht, sich dieses Land einzuverleiben" (NCNA, 6.9.74). Pekings scharfer Kommentar greift die sowjetische Zustimmung zur "nackten Plünderung des Territoriums anderer Nationen" an, die als "freiwillige Eingliederung" bezeichnet werde. Die Erinnerung der Völker an die bewaffnete Okkupation der Tschechoslowakei sei noch frisch. Im übrigen hätten die sowjetischen Revisionisten ja auch Indien zur Zerstückelung Pakistans ermutigt und es dabei unterstützt.

Delhi wiederum bezeichnete den chinesischen Kommentar als grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Indiens (FAZ, 11.9.74). Tass polemisierte gegen China (11.9.74): Der Versuch Pekings, bei den Beziehungen zwischen Indien und Sikkim als Schiedsrichter aufzutreten, sei auch von der indischen Presse als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden befreundeten Völker bezeichnet worden; nicht China könne über Formen und Wege der Festigung dieser Beziehungen entscheiden.

(4) Moskau zum Kohl-Besuch in China

Unter der Überschrift "Kohls Pekinger Gespräche geben Revanchisten in der Bundesrepublik neuen Auftrieb" bezieht auch Radio Moskau Stellung zum China-Besuch des CDU-Vorsitzenden Kohl und zu den Ergebnissen der fast zweiwöchigen Gespräche (Radio Moskau, deutsch, 20.9.1974).

Es wird formelhaft darauf verwiesen, daß insbesondere die sogenannten "reaktionären, revanchistischen und militärischen Kreise in der Bundesrepublik Deutschland Grund dazu (hätten), in den Pekinger Führern ihre Verbündeten zu sehen". Von der offenen Unterstützung Chinas erhofften sich diese "Kreise" eine Wirkung für ihre antisowjetische Propaganda, die schon seit längerem keine echte Resonanz mehr fände. Gleichsam als Antwort auf diese Haltung greift die Sowjetunion auf Kommentare deutscher Zeitungen zurück, wonach die Gespräche in China "nicht von der Liebe der chinesischen Regierung zu den Deutschen oder Europäern zeugten, sondern lediglich zeigten, daß sich Peking wieder auf das antisowjetische Spiel einläßt..... Für die Bundesrepublik Deutschland wäre es eine gefährliche Sache, die Grundsätze der Außenpolitik zu beleben, die zu den Zeiten Adenauers und Kiesingers gehören" (Radio "Frieden und Freiheit", deutsch, 21.9.74).

SOWJETUNION

(5) Moskau gegen westdeutsche Maoisten

Radio Moskau (6.9.74) wettete in einem Propagandastückchen gegen das "kriminelle Treiben einer politischen Clique", die sich schon 1970 auch dem Namen nach offen zu Mao bekannte, inzwischen aber den Namen der Partei Thälmanns usurpiert hat und anmaßend als KPD firmiert". Der Sender zählt unter mannigfachen Provokationen der KPD auf, daß es ihr gelungen sei, die Solidaritätsbewegung mit dem vietnamesischen Volk zu spalten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition RGO gegenüber der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation der Bundesrepublik aufzubauen. Dorn im Auge ist aber vor allem ihr "Geifern gegen den Sozialimperialismus der Sowjetunion". Der maoistische Klüngel arbeitet mit dem ewig Gestrigen vom Schläge eines Strauß zusammen und habe dabei das Wohlwollen der wirtschaftlich und politisch Mächtigen der ultra-reaktionären Meinungsmacher, der Staatssicherheitsorgane und selbst der höchsten Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik. Während das Bundesverfassungsgericht 1956 die "wahre KPD" verbot, habe der 3. Senat die KPD der Maoisten zu Anfang des Jahres ausdrücklich als Partei legalisiert. Die Lenkung durch Peking wird als selbstverständlich angenommen. Besonders abscheulich sei die Pekinger Führung, weil sie sich nun die längst widerlegte Revanchistenthese von der Einheit der Nation zu eigen gemacht habe und Ansprüche unverbesserlicher deutscher Imperialisten auf Hoheitsgebiete der DDR, der VR Polen und der Sowjetunion unterstütze.

(6) Chinesische Angriffe auf die Sowjetunion

Gegen den sowjetischen Mythos einer Détente in Europa (NCNA, 16.9.74) mit dem westlicher Presse entnommenen Zahlenmaterial über die Militärstärke der UdSSR in Osteuropa versucht Peking erneut den Beweis zu erbringen, daß die Abkommen zwischen den zwei Supermächten keineswegs eine Détente in Europa erbracht, sondern im Gegenteil die Situation nur noch gespannter und unstabiler gemacht hätten.

Einen Artikel im gleichen Tenor hatte NCNA bereits am 14.9. gebracht, den Artikel von Jen Ku-ping: "Was für eine Détente gibt es da angesichts so harten Wettstreits?"

(7) Internationale Asientagung in Samarkand

Die Sowjetunion ist weiterhin daran interessiert, ihr Konzept eines kollektiven Sicherheitssystems in Asien voranzutreiben. Während der letzten Septembertage veranstaltete sie die sogenannte "Internationale Tagung von Samarkand", auf der "Probleme des Kampfes für Frieden und Sicherheit in Asien" erörtert wurden. Delegierte aus über 30 Ländern nahmen an der Tagung teil (TASS, 28.9.74). Die sowjetische Nachrichtenagentur behauptete, daß viele asiatische Delegierte die Ansicht vertraten, "die chinesischen Führer befinden sich an der Seite des Imperialismus" und wollten "ihre Großmachtambitionen unter den Bedingungen der Spaltung zwischen asiatischen

Ländern verwirklichen". Nur einen Tag nach Beendigung der Tagung wiederholte die sowjetische Führung in einem Telegramm anlässlich des 25. Jahrestages der VR China ihren vorjährigen Vorschlag eines Gewaltverzichtsabkommens zwischen beiden Staaten.

Vor der Konferenz hatte sich die sowjetische Propaganda erneut gegen die chinesische Ablehnung des sowjetischen Vorschlages eines asiatischen kollektiven Sicherheitssystems gewandt (TASS, 13.9.74). Die Argumente lauteten: Peking habe nichts gegen die Stationierung amerikanischer Truppen in einer Reihe asiatischer Länder und wende sich nicht gegen Pläne zur Stärkung der aggressiven Militärblocks SEATO und CENTO. Auch gegen die Errichtung imperialistischer Militärstützpunkte wie etwa auf der im Indischen Ozean gelegenen Insel Diego Garcia protestiere China nicht und treibe sich damit in die Isolierung. Wenn China von den Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz spreche, verschweige es geflissentlich Indien, den Mitverfasser dieser Prinzipien. Unzufrieden sei Peking mit der Entwicklung positiver Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den USA, wenn es eine negative Haltung in der so wichtigen Frage der Verwandlung Europas in eine Zone des dauerhaften Friedens einnehme (TASS, 14.9.74). Gegenstand von polemischen Artikeln ist darüber hinaus das angebliche "Komplott Peking-NATO", denn China wünsche geradezu eine starke NATO, und in der NATO ihrerseits mehrten sich die Stimmen, die Peking als einen militärischen Verbündeten befürworteten. Große Geschäftsabschlüsse Chinas mit den Teilnehmerländern dieses Blocks (Ankauf von Waffen und Einrichtung von Rüstungsbetrieben in China mit Hilfe solcher NATO-Länder) werden kritisiert. In Buchform schließlich hat General Alexej Jepischew sich an der Polemik beteiligt. In den vielstimmigen Chor der sowjetischen China-Kritiker griff der General, Chef der politischen Hauptverwaltung der UdSSR-Streitkräfte, mit einem Buch über den "Ideologischen Kampf im militärischen Bereich" ein, worin er sich mit den "Verdrehungen" der imperialistischen Ideologen auf dem Gebiet der Militärtheorie und mit den "Maoisten" auseinandersetzte. Das Buch des Generals ist offenbar für die politische Schulung in der Sowjetarmee gedacht (FAZ, 13.9.74). Den unsicheren chinesisch-indischen Frieden versuchte die Iswestja (TASS, 14.9.74) mit Berichten über mehr als 100 bewaffnete Zusammenstöße an der indisch-chinesischen Grenze 1973/74 zu stören, die in China ausgebildete Rebellen des Nagastammes verübt hätten. Über 800 in China ausgebildete Sezessionisten seien in Nordostindien eingeschuggelt worden.

(8) Die Sowjetunion plündert die Uranvorkommen Osteuropas aus

Ein fünftel des von der Sowjetunion benötigten Urans stamme heute aus der Tschechoslowakei. 90 % des dort gewonnenen Urans würden an die Sowjetunion

abgeführt. Nur 10 % minderwertigen Erzes verblieben in der Tschechoslowakei zu Forschungszwecken. Abbau, Transport und Prospektion neuer Vorkommen würden von sowjetischen Spezialisten kontrolliert (NCNA, 25.8.74).

(9) Jugoslawischer Parlamentarier in Peking

In einer Meldung vom 27. September 1974 berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Hsinhua unter Anführung jugoslawischer und westlicher Kommentare von der sogenannten Kom informisten-Affäre". Unter anderem heißt es, daß "Jugoslawien die Aufdeckung einer von einem fremden Staat unterstützten Verschwörergruppe bekanntgegeben hat" und daß in westlichen Nachrichten allgemein "darauf verwiesen werde, daß diese Gruppe enge Verbindung zur Sowjetunion unterhält".

Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß eine jugoslawische Parlamentariergruppe kurze Zeit nach der Aufdeckung der Affäre zu einem Kurzbesuch in Peking weilte und dort u.a. mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing zusammentraf, ehe sie nach Japan weiterreiste. Die jugoslawischen Nachrichtenmedien berichteten von einem "außerordentlich angenehmen" Aufenthalt, der durch einen Besuch der 198. Armeedivision östlich Pekings ergänzt wurde. Besondere Betonung wurde auf die "Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern nach einem langen Zeitraum der Stagnation" gelegt. "Ferner wurde die Bedeutung der Rolle der Blockfreiheit im Gegensatz zu Imperialismus und Hegemonismus und deren Bedeutung für die Gleichheit und die Gewährleistung von Unabhängigkeit und Souveränität erörtert" (Tanjug, 24.9.74).

NORDAMERIKA

(10) Neuer amerikanischer Missionschef in Peking

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten Ford bestand darin, den fünfzigjährigen George Bush zum Nachfolger des bisher als Chef der amerikanischen Verbindungsmission in Peking fungierenden 76jährigen David Bruce zu ernennen. Eine gewisse Ironie lag in diesem Geschehen insofern, als es gerade George Bush war, der im Herbst 1972 das letzte offizielle Gefecht der USA gegen die Aufnahme der VR China in die Weltorganisation führte. Im Zusammenhang mit den neuer erschienenen Kissinger-Memoiren ("Henry Kissinger Superstar") ist jedoch deutlich geworden, daß die amerikanische und die chinesische Führung sich damals darauf geeinigt hätten, ein bewußt provozierend deutliches Spiel zu spielen, bei dem Kissinger einerseits seinen in aller Welt beachteten Antrittsbesuch in Peking durchführte, während man andererseits sich entrüstet gegen die Aufnahme der VR China in die UNO stemmte. Diese auffallende Diskrepanz zwischen Worten und Taten sollte einerseits das amerikanische Gesicht retten (man wollte nicht dabeisein, wenn Taiwan aus der Weltorganisation ausgestoßen wurde),

zum anderen aber aller Welt deutlich machen, daß die USA nichts dagegen hätten, wenn andere Länder für die Aufnahme der Volksrepublik in die UNO stimmten. Unter diesen Umständen dürften Ressentiments gegen Bush von seiten der Pekinger Führung wohl kaum vorliegen.

Der Amtswechsel war nicht nur aus Altersgründen fällig, sondern er schien auch deshalb zweckmäßig, weil die Voraussetzungen, unter denen David Bruce 1973 sein Amt als De-facto-Botschafter angetreten hatte, nicht erfüllt wurden. Die Regierung Nixon hatte damals gehofft, daß der mit Ministerpräsident Chou En-lai gleichaltrige "Schattenbotschafter" im chinesischen Staatsrat jederzeit offene Türen vorfände. Diese Rechnung, die noch ganz im Zeichen der amerikanischen China-Euphorie angesetzt worden war, ging jedoch nicht auf.

Im übrigen war es kein Geheimnis, daß Peking, wenn es wirklich das schnelle Gespräch mit Washington wünschte, seinen UNO-Botschafter Huang Chen einschaltete und nicht den langen Dienstweg über David Bruce wählte. Schon zu Beginn des Jahres 1974 war Bruce monatelang von seinem Posten ferngeblieben und hatte sich als Sonderberater in NATO-Fragen in Europa und in den USA betätigt. Als er schließlich auf seinen Posten zurückkehrte, hatte er das Pech, daß Chou En-lai seinen ersten Herzanfall erlitt und seitdem nur noch wenig Gelegenheit für Gespräche mit Ausländern hatte.

Ob der neue "Botschafter" Bush, der als enger Vertrauter Fords gilt, mehr Bewegungsfreiheit als sein Vorgänger vorfinden wird, ist eine Frage, die in den nächsten Monaten wohl negativ beantwortet wird.

(11) US-Kongreßabgeordnete in China: Taiwan-Frage und Kernwaffenbegrenzung

Mitte September kehrte eine siebenköpfige Delegation des amerikanischen Kongresses von einem zwölf-tägigen Besuch in der Volksrepublik China zurück. William Fulbright, der Vorsitzende des Politischen Ausschusses des amerikanischen Senats fungierte als Leiter dieser Delegation. Die Delegation, an der auch Senator Humphrey teilnahm, wurde vom stellvertretenden Außenminister Ch'iao Kuan-hua empfangen (CSM, 9.9.74). Fulbright erklärte während dieser Reise, die maßgeblichen chinesischen Politiker, die man getroffen habe, hätten sich über das Taiwan-Problem und die Differenzen zwischen den beiden Ländern in dieser Frage dahingehend geäußert, daß keine Dringlichkeit zur sofortigen Lösung bestehe. Der Senator hielt fest, daß die Chinesen ihren Standpunkt wiederholt hätten, diplomatische und militärische Bindungen Washingtons an das Inselregime hätten abgebrochen zu werden, bevor diplomatische Beziehungen aufgenommen werden könnten. Inzwischen könne man andere Aspekte der Beziehungen, wie den Handel, erst einmal weiter ausbauen. "Sie stehen auf dem Standpunkt, daß ihr

jetzt am Zuge seid". Die chinesische Geduld in dieser Frage erklärte der Senator mit dem chinesischen Verständnis für die Schwierigkeiten der USA, sich aus den Verpflichtungen für Chiang Kai-sheks Regierung in Taiwan zu lösen.

Die größte Enttäuschung der Gespräche mit hohen Regierungsfunktionären sei gewesen, daß sich die Chinesen auf die Diskussion komplexer internationaler Fragen, wie die Begrenzung von Nuklearwaffen, in keiner Weise einließen.

(12) US-Agrarwissenschaftler in China

Eine Delegation führender amerikanischer Agrarwissenschaftler unter Leitung des Vizepräsidenten der Rockefeller Foundation, Sterling Wortman, äußerte sich im Anschluß an eine vierwöchige Besucherreise durch verschiedene Forschungsinstitutionen der VR China positiv zu den gewonnenen Erkenntnissen. Diese Tatsache scheint um so bemerkenswerter, als alle 10 Mitglieder erfahrene "Asienpraktiker" sind. So z. B. Nyle Brady, Direktor des International Rice Research Institute, Los Banos, Philippinen, das den bekannten "Wunderreis" hervorgebracht hat; ferner Norman Borlaug, Nobelpreisträger 1970. Die Delegation, die aufgrund der Bemühungen des Committee on Scholarly Communication with the People's Republic of China nach China reiste, legte besondere Betonung auf die Tatsache, daß verschiedene Reisversuchssorten des Getreideforschungsinstituts in Canton bei kürzerer Reifedauer die Qualität des philippinischen "Wunderreis" aufwiesen, dessen Reifedauer für chinesische Verhältnisse 20 bis 30 Tage zu lang sei. Skeptisch äußerten sich die amerikanischen Wissenschaftler hingegen zum heutigen Zustand der Forschungslaboratorien, die vernachlässigt erschienen. Sie führten diesen Eindruck darauf zurück, daß viele Wissenschaftler während der letzten Jahre zu häufig an der "Produktionsfront" tätig sein mußten (New York Times, 26.9.74).

AFRIKA

(13) Mauritius-China-Freundschaftsgesellschaft

In Port Louis wurde am 3. September in Anwesenheit von 200 Gästen die Mauritius-China-Freundschaftsgesellschaft gegründet. Mitbewesend waren hohe Regierungsmitglieder. Unter anderem ist der mauritianische Ministerpräsident Ehrenpräsident der Freundschaftsgesellschaft (SWB, 6.9.74).

Wirft man einen Blick auf die Landkarte, so wird der strategische Stellenwert von Mauritius im Indischen Ozean unmittelbar deutlich. Liegt doch die bisher nur als Briefmarkenland bekannte Insel direkt auf der Schifffahrtsroute, die vom Kap der Guten Hoffnung zur Malakka-Straße führt. Die Chinesen, die mit Mauritius im Jahre 1972 diplomatische Beziehungen aufgenommen und der Insel Entwicklungshilfe geleistet haben, legen vor allem Wert darauf, daß die sowjetische Marine auf der

Insel keine Basen eingeräumt bekommt.

(14) Präsident Gowon von Nigeria in Peking

Nach dem Besuch des togolesischen Präsidenten Eyadema, der am 7.9. zu Ende ging (NCNA, 7.9.74) (PRu, NR. 36, 10.9.74, S. 1 - 9), intensivierte Peking seine Afrikapolitik weiter. General Gowon, der Präsident der Republik Nigeria, hielt sich an der Spitze einer Regierungsdelegation vom 8. - 15.9.74 zu einem Staatsbesuch in der Volksrepublik auf. Der Togobesucher war von Parteichef Mao persönlich empfangen worden und konnte ein Protokoll zum Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit China-Togo unterzeichnet nach Hause tragen (NCNA, 5.9.74). Als "voller Erfolg und positiver Beitrag" wurde auch General Gowons Besuch bezeichnet, der ebenfalls mit einem Empfang bei Mao gekrönt wurde (NCNA, 10., 16.9.74). Außer dem üblichen Bekenntnis zur Dritten Welt und der Aufforderung zum Kampf gegen die Supermächte wurden allerdings wenig Einzelheiten greifbar. Chinas stellvertretender Ministerpräsident Li Hsien-nien bestätigte, daß Peking den Kampf der Dritten Welt um die Rohstoffpreise, besonders bei Erdöl, unterstützen werde. Gowon machte dafür Komplimente über "die Ausweitung des chinesischen Einflusses auf internationale Angelegenheiten". Im übrigen legte er der chinesischen Regierung die Zusammenarbeit an einem Studienzentrum in Nigeria nahe, das allen Afrikanern zugänglich sein soll (AFP, 9.9.74).

(15) Kommentar zur Mozambique-Unabhängigkeit

In einem Glückwunschtelegramm des erkrankten Ministerpräsidenten Chou En-lai (NCNA, 15.9.74) und einem redaktionellen Kommentar der Volkszeitung (NCNA, 14.9.74) zeigt sich Pekings Reaktion auf das Abkommen über die Gewährung der Unabhängigkeit für Mozambique. Durch die Gratulation zum Sieg der Befreiungsfront klingt die mahnende Warnung hindurch, der Kampf sei noch keineswegs zu Ende: "Natürlich ist der Abschluß eines Abkommens nicht gleichbedeutend mit seiner Durchführung, und es muß noch ein schwerer und harter Kampf geführt werden, ehe das Abkommen ernsthaft realisiert werden kann. Der Kolonialismus gibt sich niemals freiwillig geschlagen. Es ist auch unvermeidlich, daß der Neokolonialismus verschiedener Couleur nach Gelegenheiten trachten wird, sich festzusetzen und Unruhe zu stiften". Neben der Versicherung der kämpferischen Freundschaft Chinas spricht die Volkszeitung solche Schwierigkeiten direkter an. Bereits die Unruhen, die in Mozambique von einer Handvoll weißer Kolonialisten angezettelt wurden, zeigten deutlich, daß die kolonialistischen Kräfte Portugals nicht bereit seien, ihre Niederlage hinzunehmen, und daß sie statt dessen einen Kampf des letzten Grabens führten. Neokolonialisten

aller Schattierungen beabsichtigten ebenfalls, die Gelegenheit zu nutzen, um im Trüben zu fischen. "Was besondere Aufmerksamkeit verdient, ist die eifrige Aktivität, die die sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten in ihren Bemühungen entfalten, um die nationalen Befreiungsbewegungen in Afrika zu spalten und zu schwächen".

ASIEN

(16) Stärkeres Engagement in Laos

Am 23. August unterzeichneten Laos und Nordvietnam ein Zivilluftfahrtabkommen, demzufolge vom 1. Nov. 1974 an wöchentlich drei Flüge zwischen Vientiane und Hanoi abgewickelt werden. Schon am nächsten Tag traten laotische und chinesische Offizielle in Verhandlungen über eine weitere Ausdehnung des Flugnetzes nach China ein. Diese Verhandlungen wurden am 27. August ebenfalls mit einem Abkommen gekrönt. Die laotische Fluggesellschaft wird demzufolge dreimal wöchentlich auf der Strecke zwischen Vientiane, Hanoi und Canton operieren (NCNA, 27.8.74).

Das laotisch-chinesische Zivilluftfahrtabkommen ist eine von mehreren Manifestationen des guten Willens, die Peking der neuen laotischen Koalitionsregierung in letzter Zeit erwiesen hat.

Unter anderem wollen amerikanische Kreise in Vientiane erfahren haben, daß die Chinesen das in den Jahren 1962 ff. gebaute Straßensystem von Yunnan nach Nordlaos (Näheres dazu C.a. 74/4, S. 186 - 187), an dem zum Teil 14-15.000 chinesische Pioniere beteiligt waren und das man durch etwa 120 Flakgeschütze sowie durch beste chinesische Radaranlagen abgeschirmt hatte, nunmehr den Laoten übergeben. Auch soll Peking der neuen Regierung angeboten haben, die letzten noch auf laotischem Boden verweilenden Verbände abzuziehen. Schon im Frühjahr waren die größten Kontingente nach China zurückgenommen worden, und zwar in Übereinstimmung mit Artikel 4 des Waffenstillstandsabkommens zwischen der Regierung in Vientiane und dem Pathet Lao vom 21. Februar 1973, demzufolge sich alle ausländischen Truppen innerhalb von 60 Tagen nach Bildung der Provisorischen Regierung aus Laos zurückziehen haben (C.a. 74/5 - Ü30, und "China und das stille Wunder in Laos", C.a. 74/5, S. 249).

Außerdem soll China den Laoten ein Ausbildungsprogramm für Techniker in der Volksrepublik angeboten haben (IHT, 3.8.74). Die Volksrepublik China, die stets auf Neutralisierung des südostasiatischen Königreiches sowie auf die Bildung einer Koalition hingestrebte hatte (im einzelnen dazu C.a. 73/3, S. 69 - 74), erklärt mit diesen freundlichen Gesten erneut ihre tiefe Befriedigung über die Entwicklung in Laos. Gleichzeitig aber dürfte sie auch noch das Ziel verfolgen, sowohl sowjetische als auch nordvietnamesische Versuche weiterer Einflußnahme

abzublöcken. Immer noch sollen sich ja nach Meldungen des amerikanischen CIA rd. 40.000 nordvietnamesische Soldaten auf laotischem Gebiet aufhalten, die sich allerdings im wesentlichen auf den Ho-Chi-Minh-Pfad im Osten des Landes, nahe den Grenzen zu Südvietnam und Kambodscha, konzentrieren.

(17) Nepal als Sprungbrett für tibetanische Irredentisten?

Bahadur Shreshtha, der nepalesische Innenminister, gab am 29. Juli bekannt, daß einige "mächtige Länder" tibetanische Flüchtlinge dabei unterstützt hätten, Überfälle auf die chinesische autonome Region Tibet durchzuführen. Der Innenminister weigerte sich allerdings, Namen zu nennen. Es handele sich hierbei um Khambas, also Angehörige jenes Bergvolks, das in Tibet den Chinesen auch heute noch die meisten Schwierigkeiten bereitet.

Die nepalesische Regierung, die unter allen Umständen ihr gutes Verhältnis zu Peking aufrechterhalten will, hat die Tibetaner aufgefordert, ihre Waffen zu übergeben und sich bei den Behörden zu melden. Bis Ende Juli waren 4000 Khambas dieser Aufforderung nachgekommen. Allerdings besteht der Verdacht, daß sie die meisten ihrer Waffen versteckt haben.

Im Anschluß an die Kapitulationsaufforderung, die Nepals Regierung an die innerhalb ihres Landes gerichteten, aus Tibet geflohenen Khambas richtete, gibt Radio Peking (deutsch, 29.8.74; M.D. Asien, 30.8.74, S. 6) folgenden Kommentar: "Die nepalesische Regierung erteilte den nach Nepal geflüchteten tibetischen Putschisten den Befehl, in einer bestimmten Frist ihre Waffen auszuliefern und sich registrieren zu lassen. Die nepalesische Regierung hat ferner Truppen in die von den tibetischen Putschisten eingenommenen Gebiete geschickt, um Waffen zu beschlagnahmen. Bis zum 7. August haben schon über 4000 tibetische Putschisten ihre Waffen ausgeliefert und sich registrieren lassen. Diese Horde tibetischer Putschisten hatte sich nach dem Scheitern eines von den reaktionären Kräften der Leibeigenenhalter in Tibet von 1959 mit dem Dalai-Lama als Hauptling inszenierten bewaffneten Putsches zuerst in Indien und dann von dort mit Waffen in Nepal eingeschlichen. Sie handelten unverhüllt dem Gesetze Nepals zuwider, beraubten die dortigen Einwohner und stifteten Unruhe. Sie haben von einigen reichen und mächtigen Staaten, die sich für dieses Gebiet interessieren, Hilfe bekommen.... Ein Sprecher des nepalesischen Außenministeriums sagte: 'Nepal kann den tibetischen Putschisten nicht gestatten, seine Grenzgebiete als Operationsbasis gegen das mit uns befreundete China zu mißbrauchen' " (Ausführliches zu dem Khamba-Problem in "Bhutan als Operationsbasis zur Schaffung eines 'chinesischen Vietnam' in Tibet?", C.a. 74/8, S. 476 ff.).

(18) Konkurrenz zwischen Moskau und Peking bei der Hilfeleistung an Nordvietnam

Nach westlichen Intelligence-Berichten erhält Nordvietnam in letzter Zeit verstärkte wirtschaftliche und militärische Hilfe von der Sowjetunion, von China und von verschiedenen osteuropäischen Ländern.

Die Sowjetunion ist u.a. dadurch hervorgetreten, daß sie für Nordvietnam einen Wirtschaftsplan aufgezogen hat, nachdem sowjetische Fachleute feststellen mußten, daß geschenkte Ausrüstungen und Maschinen nicht an ihren Bestimmungsort geschafft wurden, sondern in den Lagerhäusern nutzlos umherstanden. Auch wollen die Sowjets entdeckt haben, daß Hanoi keine systematische Übersicht über Fabrik-ausrüstungen und qualifizierte Arbeitskräfte besitzt. Es sei nicht einmal bekannt gewesen, wie viele Lastwagenfahrer zur Verfügung stehen.

Die Sowjetunion leistet freilich nicht nur Planungshilfe, sondern auch technische und wirtschaftliche Hilfe. Nach Schätzung amerikanischer Beobachter in Saigon wird Nordvietnam vermutlich 1 Mio. t Getreide (Reis, Weizen, Mais) im Jahre 1974 von China und der Sowjetunion erhalten. Diese Menge entspricht etwa 20 % des gesamten Jahresverbrauchs. Außer Getreide erhält Nordvietnam von China und der Sowjetunion noch Erdöl, Maschinen und technische Hilfe. Die Sowjetunion stellte in letzter Zeit Lokomotiven, Hubschrauber, Trecker, Maschinen für Elektrizitätsgewinnung und Techniker zur Verfügung, die dieses Gerät warten sollen. Die Chinesen andererseits haben sich besonders hervorgetan bei der Hilfe auf Gebieten wie Bergbau, Brückenbau, Fabrikenerstellung sowie bei der Herstellung von Stahl und Zement.

Neben der Sowjetunion und China treten auch osteuropäische Länder hervor, die DDR beispielsweise stellt für Nordvietnam Telekommunikationseinrichtungen. Aus Cuba reiste eine Mannschaft von 500 Ingenieuren an, die beim Straßenbau helfen. Ungarn baut ein Krankenhaus in Hanoi.

Es ist verständlicherweise nicht leicht, all diese Hilfeleistungen in ihrem Geldwert zu veranschlagen. Eine erst vor kurzem vom Stab des Senate Foreign Relations Committee vorgelegte Studie geht jedoch davon aus, daß Nordvietnam von der Sowjetunion und von China im Jahre 1973 die Summe von 425 Mio. US-Dollar an Wirtschaftshilfe und von 290 Mio. US-Dollar an militärischer Hilfe erhalten hat.

Im gleichen Jahr ließen die USA der Regierung in Südvietnam insgesamt 491 Mio. US-Dollar an Wirtschaftshilfe und 1,2 Mrd. US-Dollar an Militärhilfe zukommen (IHT, 6.9.74).

(19) China - Philippinen: Diplomatischer Besuch und Erdöl

Die VR China hat den Philippinen von 1975 an "bedeutende Mengen" Erdöls zugesagt. Die diesbezügliche vertragliche

Vereinbarung wurde durch den chinesischen Außenhandelsminister Li Chiang in Anwesenheit von Frau Marcos, der Gattin des philippinischen Präsidenten, unterzeichnet. Weiterhin ist die Entsendung chinesischer Wirtschaftskommissionen auf die Philippinen vorgesehen. Als Ausgleich für die chinesischen Lieferungen werden die Philippinen verstärkt Zucker, Bauholz und Kupfer nach China exportieren (Agence France Presse, 24.9.74).

Der Ausbau des bilateralen Handelsvertrages, der im Mai 1972 abgeschlossen worden war, ist neben der Vereinbarung, in naher Zukunft diplomatische Beziehungen zueinander aufzunehmen, wohl der größte Erfolg des Besuches der philippinischen Präsidentengattin in Peking. Während des Aufenthalts wurde Frau Marcos zudem sowohl vom chinesischen Ministerpräsidenten Chou En-lai im Krankenhaus empfangen, als auch vom Vorsitzenden Mao Tse-tung persönlich. Das Treffen mit Mao fand in der chinesischen Öffentlichkeit große Beachtung. Die Volkszeitung brachte am 28. 9. auf der ersten Seite einen Artikel mit zwei Fotos, die Frau Marcos und Mao Tse-tung zeigen. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als die Philippinen zur Zeit noch volle diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufrechterhalten. Offensichtlich ist es der VR China im Zeichen ihrer antisowjetischen Politik in Asien darum zu tun, ihr Verhältnis zu den ASEAN-Ländern beschleunigt zu normalisieren.

(20) Eröffnung der Fluglinie Tokyo-Peking

Auf den Tag genau zwei Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der VR China wurde am 29. September 1974 die Luftlinie Tokyo-Peking eingeweiht. Sie soll mit je zwei Flügen der beiden nationalen Luftfahrtgesellschaften wöchentlich befliegen werden. Die Eröffnung der Route wird von chinesischer Seite als "logische Entwicklung der Normalisierung der Beziehungen" begrüßt (JMJP, 29.9.74). Sie war nur nach langen Verhandlungen zustande gekommen, in deren Verlauf die Japan Airlines u.a. gezwungen war, ihre profitbringende Flugverbindung nach Taiwan aufzugeben. Während der Eröffnungszeremonie stellte der Leiter der chinesischen Delegation, Wang Shen, einen baldigen Friedensvertrag zwischen beiden Ländern in Aussicht, und Ministerpräsident Chou En-lai sandte dem japanischen Regierungschef Tanaka ein offizielles Glückwunschtelegramm.

Die JAL fliegt ab 2.10. jeden Montag von Tokyo über Osaka nach Peking und dann von Peking direkt nach Tokyo zurück. Mittwochs nimmt eine Maschine derselben Firma die Route Tokyo-Peking-Shanghai-Osaka-Tokyo.

Für eine einfache Reise der Economy-Klasse sind die Preise wie folgt festgesetzt: 206 US-Dollar für die Strecke Tokyo-Peking, 181,66 US-Dollar Osaka-Peking, 146 US-Dollar Tokyo-Shanghai und 113,30 US-Dollar Osaka-Shanghai (TK, 18.9.74).

(21) Unterschiedliche außenpolitische Kontakte Japan-China Chou En-lai zum 2. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen

In einer Botschaft an den Ministerpräsidenten Tanaka dankte Chou En-lai dem japanischen Kollegen für seine Bemühungen um die japanisch-chinesische Annäherung und schloß auch den damaligen Außenminister, Ohira, in seinen Dank mit ein. Chou wies darauf hin, daß China für Verhandlungen über einen Friedensvertrag bereitstehe und auch die anderen bilateralen Verhandlungen (gemeint sind das Schifffahrtsabkommen und das Fischereiabkommen) abschließend behandeln wolle. Diese Botschaft wurde Tanaka von einer Freundschaftsdelegation der Liga für die Freundschaft zwischen Japan und China der Parlamentsabgeordneten überbracht (SWB, 5.9.74).

Tadel für Sankei-shinbun

Liao Cheng-chih hob auf einem Dinner zu Ehren einer LDP-Delegation hervor, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen positiv entwickelt hätten. Jedoch gebe es noch einige reaktionäre Störenfriede, wie z. B. die Abgeordnetengruppe Seirankai (die für eine Annäherung an Taiwan eintritt) oder die Sankei-shinbun, die gerade eine Dokumentarserie über Chiang Kai-shek brachte, der von Liao Cheng-chih als "politische Mumie" bezeichnet wurde (SWB, 5.9.74). China schreckt also auch in Asien nicht vor Einmischung in die kulturellen Belange anderer Staaten zurück.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(22) Konfuzius aus der UNO

Eine Steinplatte mit Konfuzius' berühmtem Schriftstück "Ta-t'ung-p'ien" (Kapitel über die Große Gemeinschaft) wurde in der Nacht zum 16. September von der Wand außerhalb des Großen Konferenzsaals der UNO entfernt. Die grüne Marmorplatte mit der Gravur war ein Geschenk Taiwans an die Weltorganisation vor 6 Jahren. Das Namensschild des Spenders neben dem Gedenkstein war bereits nach der Aufnahme Pekings in das Glashaus beseitigt worden. Seit Ausbruch der Kampagne gegen Konfuzius in der Volksrepublik China hat Peking aber auch die Entfernung des Schriftstücks "Ta-t'ung-p'ien" verlangt. Nach 13 Monate langen Verhandlungen ist UNO-Generalsekretär Waldheim schließlich dem chinesischen Wunsch nachgekommen. Als Ersatzstück für die nun leergebliebene Stelle wird Peking der UNO einen Wandteppich stiften (AP, 17.9.74, zitiert nach CJ, 20.9.74).

(23) UNEP-Leiter in China

Ende September 1974 stattete der kanadische Leiter des United Nations Environment Program (UNEP), Maurice Strong, der VR China einen Besuch ab, um mit

Vertretern des neuen chinesischen Umweltschutzamtes Fachgespräche zu führen und sich über die Umweltsituation in Shanghai, dem größten Industriezentrum des Landes, zu informieren. Die VR China hatte bereits 1972 an der Stockholmer Umweltschutzkonferenz teilgenommen, sich dort jedoch auf eine politische "Offensive" gegen die USA und die Sowjetunion beschränkt. Sie hat ferner einen nichtkonvertierbaren Beitrag im Gegenwert von 250.000 US-Dollar zum multilateralen UNEP-Fonds geleistet. Die jetzigen Gespräche dienen u.a. dazu, festzulegen, wie der Beitrag in China selbst verwandt werden kann (Christian Science Monitor, 24.9.74).

(24) Weitere Anerkennung im internationalen Sport

Zur gleichen Stunde, da der Internationale Leichtathletenverband in Rom "grünes Licht" für den Start der Volksrepublik China bei den Asien-Spielen in Teheran gab (Näheres zu den Asien-Spielen in C.a. 73/12 - Ü57 und 74/1 - Ü53), revidierte in Teheran der Präsident des Internationalen Schwimmverbandes, Harald Henning, in "einer persönlichen Entscheidung" die bisherige Haltung seiner Organisation und ermöglichte damit ebenfalls den Auftritt der chinesischen Schwimmer, die sich bereits vorher in der iranischen Hauptstadt eingefunden hatten.

Auch der Internationale Ringverband fügte sich dem allgemeinen Trend. Mit 39 : 11 Stimmen wurde die VR China Ende August in den Verband aufgenommen und zugleich Taiwan ausgeschlossen.

INNENPOLITIK

(25) Die Gerüchte über Chou En-lai

Hier eine Zusammenstellung über die Gerüchte zum Gesundheitszustand des Ministerpräsidenten, die alle als nichtoffiziell eingestuft werden müssen: Der Stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing erklärte am 7.9., Chous Krankheit sei "etwas ernster geworden" (IHT, 9.9.74). Diese Aussagen machte Teng vor einer achtköpfigen Delegation von japanischen Parlamentsabgeordneten. Nach seinem ersten Krankenhausaufenthalt war Chou En-lai bereits auf dem Wege der Genesung, erlitt aber einen Rückfall, als er beim Festtag der Armee öffentlich auftrat, statt sich, wie die Ärzte geraten hatten, zu schonen (FAZ, 7.9.74). Über den Charakter der Krankheit gibt es keine offiziellen Angaben. Gerüchtemäßig hat man sich auf einen Herzanfall geeinigt. Chous Gattin, Teng Ying-ch'ao, erklärte Anfang September der nigerianischen Delegation in Peking, ihr Mann sei praktisch zurückgetreten, nachdem er einen zweiten Herzanfall erlitten hätte. Er werde seine normalen Aktivitäten nicht wiederaufnehmen können (Economist, 14.9.74, AP, 11.9.74). Diese Aussage von Chou En-lais Gattin meldete die Pekinger Korres-

pondentin des Daily Telegraph, London, nach Aussagen von Mitgliedern der nigerianischen Delegation. UPI kolportierte weiter, Chou En-lai werde wegen seiner nachlassenden Gesundheit noch vor Ende dieses Jahres von der Ministerpräsidentenschaft zurücktreten und sich auf die Rolle einer staatlichen Respektsperson beschränken, d. h. nur noch seinen Platz im Politbüro behalten. Teng Hsiao-p'ing wiederholte vor der Delegation des amerikanischen Kongresses in der Darstellung des ehemaligen USA-Vizepräsidenten Hubert Humphrey noch einmal, daß Chous Gesundheitszustand "sich verschlechtert habe" (AP, 6.9.74).

Ausländischen Besuchern, wie dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl und dem US-Senator Fulbright, Leiter der China besuchenden Gruppe von Kongreßabgeordneten, wurde offiziell beschieden, Ministerpräsident Chou befinde sich im Krankenhaus und könne keine Auslandsbesucher empfangen.

(26) Neuer stellvertretender Außenminister

Als neuer stellvertretender Außenminister konnte Wang Hai-jung erkannt werden (NCNA, 10.9.74). Wang ist die Tochter von Mao Tse-tungs Bruder Wang Tse-min (hingerichtet 1943). 1966 schloß sie ihr Studium am Pekinger Fremdspracheninstitut ab. 1967 wurde sie erstmals als Funktionär im Außenministerium genannt. Im November 1970 konnte sie als Funktionär in der Protokollabteilung des Außenministeriums, im August 1971 als stellvertretender Direktor dieser Abteilung erkannt werden. Im November 1971 gehörte sie zur chinesischen Delegation, die an der 26. Vollversammlung teilnahm. Im Mai 1972 wurde Wang zur Ministerassistentin im Außenministerium ernannt.

Mit etwa nur 30 Jahren ist sie nicht nur der jüngste stellvertretende Außenminister der VR China, sondern der jüngste stellvertretende Minister, den die Regierung seit ihrem Bestehen je aufzuweisen hatte.

(27) Sinisierungspolitik in der Inneren Mongolei (Vorwürfe der mongolischen "Unen")

In einer Abhandlung gegen die Sinisierungspolitik der Inneren Mongolei beschäftigt sich das mongolische Parteiorgan "Unen" mit der jüngeren Geschichte der Inneren Mongolei (abgedruckt in SWB, 22.8.74).

Die "Revolutionäre Partei des Volkes der Inneren Mongolei" sei 1922 errichtet worden und habe sich jahrelang in einem konterrevolutionären Kleinkrieg mit den "Kuomintang-Reaktionären" auseinandergesetzt. Als die mongolischen und sowjetischen Armeen in den Krieg gegen Japan eintraten (1945), wurde diese Partei legalisiert und führte die nationale Befreiungsbewegung bis zur Ausrufung der "Republik der Inneren Mongolei" unter einer provisorischen Regierung und mit einer demokratischen Interimsverfassung im September 1945. Während dieser Zeit hätten bewaffnete Aufständische in Sinkiang demokratische Änderungen in